

Niederschrift

über die Sitzung des Sitzungskennziffer:	Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt XVI / 28
Tag der Sitzung:	Donnerstag, 21.06.2012
<u>Ort der Sitzung</u>	Rathaus, Ratssaal
Dauer:	18:00 Uhr bis 19.45 Uhr
Unterbrechungen:	Keine
Anwesende:	sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)
Vorsitz:	Herr Hansen
Schriftführerin:	Frau Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hansen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung und stellt sodann die Beschlussfähigkeit fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

Vor Einstieg in die Beschlussfassung über die Tagesordnung wurde zunächst der sachkundige Bürger, Herr

Gürhan Dogan

mit folgender Formel durch den Vorsitzenden, Herrn Hansen, verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Stolberg erfüllen werde.“

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Änderungen bzw. Ergänzungen wurden nicht gewünscht, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Vorstellung neuer LED-Leuchten für die von der Stadt zu erschließenden Baugebiete und Straßen in Stolberg;
hier: Mündlicher Sachstandsbericht durch einen Vertreter der EWW
3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.1 Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage;
hier: Narzissenweg

Genehmigung nach § 16 BImSchG

- 3.2 Errichtung einer Halle zur Selektierung und Umladung von Schlacken und Krätze;
hier: Breiniger Berg 165
4. Energiebericht 2012 für öffentliche Gebäude und Anlagen der Stadt Stolberg;
hier: Informationsvorlage
5. Heinrich-Heimes-Brücke;
hier: Umbau bzw. Sperrung zur Fußgängerbrücke
6. Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2012;
hier: Einrichtung von Parkmöglichkeiten mittels VZ 315 (Parken auf Gehwegen) in Teilbereichen der Kornbendstraße in Stolberg-Zweifall
7. Erneuerung und Umbau von Radwegen an der K 14 durch die StädteRegion Aachen
8. Verbesserung von Haltestellen im Stolberger Stadtgebiet;
hier: Vorstellung der Planung
9. Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) und 85. Änderung des Flächennutzungsplanes;
hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden gem. § 4 BauGB
förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB
10. Bebauungsplan Nr. 162 "KiTa Josefstraße / Erikaweg";
hier: Aufstellungsbeschluss und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Es wurden keine Fragen an den Vorsitzenden, Herrn Hansen, gestellt.

2. Vorstellung neuer LED-Leuchten für die von der Stadt zu erschließenden Baugebiete und Straßen in Stolberg:
hier: Mündlicher Sachstandsbericht durch einen Vertreter der EWV

Der Vorsitzende, Herr Hansen, begrüßt den Vertreter der EWV, Herrn Schmitz. Bevor dieser die neuen LED-Leuchten anhand einer Power-Präsentation vorstellt, informiert der Leiter Fachbereich 2, Herr Kistermann zunächst über die Beschlussfassung des Bau- und Vergabeausschusses vom Vortag wie folgt:

“Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt einstimmig, die vorgestellten Leuchten und entsprechend der Kriterien der DIN und der Straßenart einzubauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Vergabeausschusses einen Zeit- und Maßnahmenplan im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung der EWV sowie eine Kosten-/ Nutzenanalyse vorzulegen. Hinsichtlich der Maßnahmenumsetzung und -priorisierung ist der BVA zu beteiligen.”

Im Anschluss an die Präsentation erläutert Herr Schmitz die Pilotanlage in Breinig mit Profi-LED-Leuchten. Die Bevölkerung sei mit der Leuchtenqualität und der Straßenausleuchtung sehr zufrieden. Der Leuchtentyp sei auch der RWE-AG vorgestellt worden und würde dort zukünftig als Standard-Leuchte gelistet.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt erkundigt sich nach dem Preisgefälle. Hierzu teilt Herr Schmitz mit, dass die Preise in der Vorlage erfasst seien (nachrichtlich: hinter jedem Lampentyp aufgeführt). Die Leuchten Hella StreetLine 10 midi und Profiled lägen im unteren Preissegment, derweil der Pilzleuchte der Fa. Siteco die teuerste Programmleuchte sei. In der sich daran anschließenden Diskussion wird der Zeitraum, in dem die EWV den Lampenaustausch vornehmen will, intensiv erörtert.

RM Engels, SPD, beantragt daraufhin, dass die Verwaltung auf die EWV einwirken möge, dass diese die Umrüstung der Straßenbeleuchtung so schnell als möglich durchführe. Der derzeit vorgesehene Zeitraum von 8 Jahren könne auch aufgrund der städtischen Finanzsituation nicht akzeptiert werden. Das mit dem Austausch verbundene Einsparpotential sei einfach zu gewaltig. Es dürfe nicht sein, dass die Maßnahme zu Lasten der Stadt über einen so langen Zeitraum gestreckt werde, wobei der „Erneuerungsdrang“ der EWV sicherlich aus betriebswirtschaftlichen Gründen gering sein dürfte.

Der Leiter Fachbereich 2, Herr Kistermann, geht auf einen interessanten Einwand aus dem gestrigen BVA (LED steht erst am Anfang der Entwicklung, bei sofortigem

Austausch kann der Fortschritt der nächsten Jahre nicht genutzt werden) ein. Er erläutert, dass mit der EWV eine einvernehmliche Lösung angestrebt wurde. Diese beinhaltet den Austausch der HQL-Lampen über einen Zeitraum von 8 Jahren. Bezogen auf die Stadt Alsdorf weist er darauf hin, dass diese nicht ihre komplette Straßenbeleuchtung erneuere, sondern nur die HQL-Leuchten auf LED umrüste.

Herr Schmitz erläutert, dass in der Stadt Alsdorf ein beachtlicher Teil der Straßenbeleuchtung mit NAV (gelbes Licht) ausgerüstet sei, welche demnächst mit weißen bestückt werde. Im Hinblick auf die im Raum stehenden Einsparpotentiale von bis zu 75% teilt er mit, dass der realistische Wert bei 50 - 60% läge. Die Weiterentwicklung der LED-Leuchten hätte im letzten Jahr eine gewaltige Entwicklung vollzogen. Vor einem Jahr hätte er unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keine Sanierung mit LED vorgeschlagen.

Für den LINKEN-Fraktionsvorsitzenden Prußeit ist der Austauschzeitraum über 8 Jahre ebenfalls nicht akzeptabel. Auch er bitte, mit der EWV einen schnellstmöglichen Zeitrahmen zu verhandeln.

Ausschussmitglied Grüttemeier, CDU, bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie hoch ist das Einsparpotential konkret?
- Wie hoch sind die Stromkosten momentan?

Ausschussmitglied Blau, CDU, beleuchtet die Situation unter betriebswirtschaftlichen Aspekten. Hiernach scheint ihm die Forderung an die EWV unrealistisch. Hierauf entgegnet Herr Prußeit, LINKE, dass die Stadt nicht für die Optimierung der Gewinne der EWV zuständig sei.

Um 18.30 Uhr stellt der Vorsitzende, Herr Hansen, die Nichtöffentlichkeit her und räumt Herrn Schmitz, EWV, die Möglichkeit ein, die betriebswirtschaftlichen Aspekte und die vom Ausschuss aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende, Herr Hansen die Öffentlichkeit wieder her.

Er ruft sodann den empfehlenden Beschluss des BVA und die heute beantragte Ergänzung des ASVU (Eintritt in Verhandlungen mit der EWV zur schnelleren Umrüstung aller Leuchten auf LED) ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, die vorgestellten Leuchten und entsprechend der Kriterien der DIN und der Straßenart einzubauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Vergabeausschusses einen Zeit- und Maßnahmenplan im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung der EWV sowie eine Kosten-/ Nutzenanalyse vorzulegen. Hinsichtlich der Maßnahmenumsetzung und -priorisierung ist der BVA zu beteiligen.

Darüber hinaus beauftragt der ASVU die Verwaltung einstimmig, mit der EWV einen kürzeren Austauschzeitrahmen für die LED-Beleuchtung in der Stadt Stolberg zu verhandeln.

3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.1 Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage;
hier: Narzissenweg

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Genehmigung nach § 16 BImSchG

- 3.2 Errichtung einer Halle zur Selektierung und Umladung von Schlacken und Krätze;
hier: Breiniger Berg 165

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

4. Energiebericht 2012 für öffentliche Gebäude und Anlagen der Stadt Stolberg;
hier: Informationsvorlage

Die Herren Engels (SPD) und Kirch (CDU) loben die gute Dokumentation und erkennen darin deutlich, dass sich die Investitionen der letzten Jahre bereits ausgezahlt haben. Beide bedanken sich ausdrücklich bei der Verwaltung. Sie sehen weiteres Einsparpotential und bitten in zukünftigen Energieberichten auch um eine Information in Bezug auf erneuerbare Energien wie. z.B. Photovoltaik.

Nach kurzer Aussprache verständigt sich der Ausschuss darauf, dass der Energiebericht zukünftig alle 4 Jahre und ein verkürzter Bericht alle 2 Jahre vorgelegt werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ausführungen der Verwaltung und den Energiebericht 2011 einmütig zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig alle 2 Jahre einen verkürzten Bericht und alle 4 Jahre einen Energiebericht vorzulegen.

5. Heinrich-Heimes-Brücke;
hier: Umbau bzw. Sperrung zur Fußgängerbrücke

Die Herren Engels (SPD) und Kirch (CDU) stellen heraus, dass die Finanzlage der Stadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine andere Vorgehensweise zulasse. Es bestehe jedoch dahingehend Einigkeit, dass der Brückenneubau bei Verbesserung der städtischen Haushaltslage erneut aufgegriffen werden solle. Um diesen Passus solle der Beschlussvorschlag erweitert werden.

Auf Nachfrage von RM Engelhardt (FDP) erläutert Herr Kistermann, FB 2, dass die Fa. KME schriftlich über die aktuellen Gegebenheiten informiert wurde. Eine Rückmeldung der Firma läge nicht vor.

Den Einwand von RM Konrads, CDU, die Ampelanlage in diesem Beritt auszuschalten entkräftet RM Jussen, SPD, mit dem Hinweis auf massive Proteste des Bezirksbeamten zur Thematik in der Vergangenheit.

Alsdann steigt der Vorsitzende, Herr Hansen, in die Abstimmung über den erweiterten Beschlussvorschlag (bei verbesserter Haushaltslage wird Brückenneubau wieder aufgegriffen) ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig den Umbau bzw. die Sperrung der Heinrich-Heimes-Brücke zur Fußgängerbrücke. Die Verwaltung wird beauftragt, die Thematik Neubau Heinrich-Heimes-Brücke bei verbesserter Haushaltslage erneut aufzugreifen.

6. Antrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2012:

hier: Einrichtung von Parkmöglichkeiten mittels VZ 315 (Parken auf Gehwegen) in Teilbereichen der Kornbendstraße in Stolberg-Zweifall

Für die CDU-Fraktion zeigt sich RM Kirch mit dem Ergebnis der Vorlage nicht einverstanden. Er beantragt die Vertagung und Terminierung einer Ortsbesichtigung in der Augustsitzung des Ausschusses.

Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an, so dass der Vorsitzende, Herr Hansen, hierüber abstimmen lässt:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt vertagt den TOP einstimmig auf die Sitzung des ASVU am 23.08.2012. Vor der Sitzung wird der ASVU die örtlichen Gegebenheiten in einem Ortstermin in Augenschein nehmen.

7. Erneuerung und Umbau von Radwegen an der K 14 durch die StädteRegion Aachen

Für die Koalition aus SPD und CDU begrüßt RM Engels (SPD) die neue Radwegeplanung und Ertüchtigung des vorhandenen Radwegenetzes. Einziger Wermutstropfen bliebe für ihn die ungelöste Situation in der Stockemer Straße im Ortsteil Alt Beinig. Hier bitte er zusammen mit der StädteRegion zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der Parkmöglichkeiten für die Anwohner die einseitige Herrichtung eines Fahrradschutzstreifens möglich sei.

In direkter Erwiderung weist der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt darauf hin, dass diese Fahrradschutzstreifen von Experten als gefährlich eingestuft würden. Er bitte, den Vorschlag zu überdenken.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, steigt Herr Hansen in die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung und den vom Ausschuss thematisierten Prüfauftrag (Schutzstreifen in der Stockemer Straße) ein.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Pläne der StädteRegion Aachen für die Erneuerung und den Umbau von Radverkehrsanlagen an der K 14 von Dorff bis Venwegen einstimmig zur Kenntnis und stimmt der in der Baulast der StädteRegion Aachen befindlichen Maßnahme, soweit sie sich auf Stolberger Stadtgebiet befindet, zu, unter dem Vorbehalt, dass die Stadt für die innerhalb der Ortsdurchfahrten befindlichen Abschnitte keine anteiligen Kosten übernehmen muss. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die im Sachverhalt beschriebenen Anregungen an die StädteRegion Aachen weiterzuleiten. Der ASVU beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der StädteRegion in der Stockemer Straße die Vereinbarkeit der dortigen Parksituation mit der Herrichtung eines Schutzstreifens zu prüfen.

8. Verbesserung von Haltestellen im Stolberger Stadtgebiet; hier: Vorstellung der Planung

Für die Koalition aus SPD und CDU beantragt RM Engels (SPD) an folgenden beiden Haltestellen eine Änderungsplanung wie folgt vorzusehen:

zu 1.: **Haltestelle Münsterbusch Kreuz (K 13) - Fahrtrichtung Zinkhütter Hof bzw. Mauerstraße / DLZ**

Die Verwaltung möge prüfen, ob eine halbbreite Busbucht angelegt werden kann, so dass der Bus nur zur Hälfte in der Fahrbahn steht und zwei PKW im Gegenverkehr problemlos passieren können. Außerdem soll die Anregung der ASEAG (Verlängerung der Haltestelle auf 30m) in die Planungen einbezogen werden.

zu 5.: **Haltestelle Büsbach Markt (K 13) - Fahrtrichtung Aachener Straße**

Ähnlich wie bei der Haltestelle auf der westlichen Straßenseite (ungerade Hausnummern) soll auch für die gegenüberliegende Haltestelle überlegt werden, ob diese Haltestelle halb in der Bucht und halb auf der Fahrbahn angelegt werden kann, so dass auch hier zwei PKW im Gegenverkehr problemlos passieren können.

Für die CDU-Fraktion begrüßt RM Kirch (CDU) den funktionalen Umbau der behindertengerechten Haltestellen. Er beklagt allerdings, dass der Behindertenbeirat nicht in den Prozess eingebunden wurde. Außerdem bitte er, auf die ASEAG dahingehend einzuwirken, dass diese die Haltestellen so anfahren, dass die Behinderten auch ungehindert einsteigen können. Hier habe er Informationen erhalten, wonach die Fahrer dies nicht so handhaben würden.

Abschließend bitte er aufgrund der angespannten Haushaltslage um Maßnahmenstreckung über 2 Jahre.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt erkundigt sich nach dem geplanten Beginn der Straßenerneuerung in der Aachener Straße. Der Umbau der dort befindlichen Haltestellen mache aus seiner Sicht momentan keinen Sinn. In Bezug auf den bei der Stadt verbleibenden Eigenanteil von 34.000,- € für Änderungen an wenigen Bushaltestellen hinterfragt er die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Pläne zur Verbesserung von Haltestellen im Stadtgebiet bei einer Gegenstimme (FDP) zur Kenntnis. Unter Einbeziehung der angeregten Änderungen zu lfd. Nr. 1. und 5. sowie der Streckung der Maßnahmen über zwei Jahre wird die Verwaltung beauftragt -ggf. nach Einarbeitung von Anregungen der lokalen Akteure und der Träger öffentlicher Belange- nach Eingang eines positiven Zuwendungsbescheides mit der Ausführung der Maßnahme zu beginnen. Der ASVU empfiehlt Hauptausschuss und Rat, die benötigten Mittel in Höhe von 132.500,- € bereitzustellen.

9. Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) und 85. Änderung des Flächennutzungsplanes:

hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden gem. § 4 BauGB

förmlicher Beschluss des Flächennutzungsplanes

Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB

Die 3. stv. BM, Frau Krings, erinnert daran, dass sich die Bündnisgrünen gegen den B-Plan ausgesprochen hätten. Sie wundere sich nun, dass die Verwaltung so "einfach" über die Anregungen des BUND hinweggehe und mahnt, dass der BUND eine Verbandsklage anstrengen könne. Darüber hinaus würden die Anwohner weiterhin die Staubentwicklung beklagen.

Dem widerspricht der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, dahingehend, dass die Verwaltung nicht "einfach" über die Anregungen den BUND hinweggegangen sei, sondern vielmehr viele Maßnahmen in Sachen Naturschutz vorgesehen seien, wenn auch nicht alle berücksichtigt werden könnten ohne den B-Plan in Gänze in Frage zu stellen. Zudem stellt er fest, dass sich bei der erneuten Offenlage kein Anwohner gemeldet habe.

Für RM Engels, SPD, treffe die Aussage "Was lange währt, wird endlich gut" auf keinen Bebauungsplan mehr zu, als auf diesen. Auch er unterstreicht, dass bei der erneuten Offenlage keinerlei weitere Bedenken vorgebracht wurden. Er unterstützte den Beschlussvorschlag für die SPD-Fraktion ausdrücklich.

Alsdann steigt der Vorsitzende, Herr Hansen, in die Abstimmung über den Abwägungsprozess ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat, wie folgt zu beschließen:

A.1.1 Die Bedenken des BUND im Hinblick auf die Gefährdung der vorhandenen Galmeifluren sind zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)

A.1.2 Die Bedenken des BUND bezüglich der Gefährdung streng geschützter Arten sind aufgrund der erstellten Artenschutzgutachten zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)

- A.1.3 Die Ausführungen des BUND hinsichtlich der allgemeinen Reduzierung von Bodenversiegelungen werden zur Kenntnis genommen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)**
- A.1.4 Die Bedenken des BUND gegen die bestehenden oder weiter entstehenden Lärm- und Staubbelastigungen sind zurückzuweisen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)**
- A.1.5 Die Ablehnung des BUND gegenüber der vorliegenden Planung wird zur Kenntnis genommen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)**
- A.2.1 Dem Hinweis der StädteRegion Aachen in Bezug auf die Entwässerung wird gefolgt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.2.2 Die Bedenken der StädteRegion Aachen bezüglich der Lärmbelastigung werden berücksichtigt. Die Forderung nach einer zusätzlich zu erstellenden Lärmprognose wird zurückgewiesen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.2.3 Der Forderung der StädteRegion Aachen bzgl. der Materialeigenschaft der Böschung wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gefolgt werden.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.2.4 Sämtliche Forderungen der StädteRegion Aachen bzgl. des Landschaftsschutzes werden im Rahmen des betreffenden Baugenehmigungsverfahrens gefolgt werden.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.2.5 Der Forderung der StädteRegion Aachen bzgl. der vertraglichen Regelung der Pflege des 10m breiten Saumstreifens wird gefolgt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.2.6 Der Forderung der StädteRegion Aachen bzgl. der externen Kompensation wurde bereits nachgekommen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.3 Der Forderung der Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst wird im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren gefolgt werden.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- A.4 Den Forderungen der Feuerwehr bzgl. einer Feuerwehrumfahrt wird im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren gefolgt werden.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**

Sofern den oben genannten Einzelbeschlüssen gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat:

- B1. Die 85. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich “Am Birkenfeld” förmlich zu beschließen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- B2. Den Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) “Am Birkenfeld” als Satzung gem. § 10 (1) BauGB zu beschließen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- B3. Die Bekanntmachungen der noch zu erfolgenden Genehmigung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes durch die Bezirksregierung Köln sowie des Beschlusses der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 35 (6. Änderung) “Am Birkenfeld” durchzuführen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**

10. Bebauungsplan Nr. 162 “KiTa Josefstraße / Erikaweg”:
hier: Aufstellungsbeschluss und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Für die Koalition aus SPD und CDU bittet RM Kirch, CDU, folgende Aspekte zu prüfen:

- Abbau der Spielgeräte wird aufgrund der fehlenden Personalkapazität bei A 68 mit rd. 10.000,- € kalkuliert. Die Finanzknappheit zwingt den Rat, eine Fremdvergabe auszuschließen.
Er bitte die Verwaltung daher, sich erneut Gedanken zu machen.

Herr Kistermann, FB 2, sagt zu, dass das TBA die Arbeiten ausführen werde, zu denen es in der Lage sei.

- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels fragt RM Kirch weiter, ob vorausschauend auch eine spätere Gebäudeumnutzung (z.B. Seniorengerechtes Wohnen mit breiteren Türöffnungen, Berücksichtigung der Barrierefreiheit) ins Auge gefasst wurde.

Herr Pickhardt, FB 1, erinnert daran, dass es sich um eine Einrichtung der AWO handele. Die Anregungen werde er aber gerne weiterleiten.

Beschluss:

A.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ausführungen einmütig zur Kenntnis. Er empfiehlt Hauptausschuss / Rat einstimmig, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 162 “KiTa Josefstraße / Erikaweg” zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB.

B.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 162 “KiTa Josefstraße / Erikaweg” einmütig zur Kenntnis und empfiehlt Hauptausschuss / Rat einstimmig, die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 Abs. 2 BauGB anzuordnen.

11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

- 11.1 RM Kirch, CDU, spricht den Einweihungstermin der Skulpturen am Kreisverkehr Eschweilerstraße / Münsterbachstraße ohne Vertreter des ASVU an. Mit dieser Thematik habe sich der Ausschuss sehr intensiv auseinander gesetzt bis hin zum Besuch der Glasfachschule in Rheinbach und der Terminierung einer Sondersitzung zur Prämierung der Exponate. Er zeigt sich enttäuscht, dass weder der Ausschussvorsitzende noch Ausschussmitglieder über den Einweihungstermin informiert waren.

Herr Pickhardt, FB 1, bedauert diese Handhabung und teilt mit, dass es sich hierbei offenbar um einen Verfahrensfehler handele.

- 11.2 Aufgrund der explodierenden Vegetation bittet RM Kirch, CDU, das Straßenbegleitgrün an den städtischen und den übergeordneten Straßen zurückzuschneiden. Gerade Stolberg falle diesbezüglich in der StädteRegion negativ auf.

- 11.3 Wie in jedem Jahr, bittet RM Kirch (CDU) auch in diesem Jahr, vor Beginn der Sommerferien um Pflege und Instandsetzung aller Spielplätze für die Kinder, die ihren Urlaub zuhause verbringen werden.

- 11.4 RM Kirch, CDU, stellt fest, dass die Rathausstraße (vor dem alten Rathaus bis Ecke Zillmann) sowie der Steinweg (von Viktor bis zur Kortumstraße) vermehrt von PKW befahren würden. Er bittet die Verwaltung, verstärkt Kontrollen durchzuführen.

Herr Pickhardt, FB 1, bedankt sich für den Hinweis und sichert die Weiterleitung der Thematik an die Polizei zu.

- 11.5 RM Kirch, CDU, macht am Bastinsweiher in Höhe der dort stehenden Linde durch wilde Müllablagerungen ein erhöhtes Rattenaufkommen aus. Er bittet die Verwaltung um entsprechende Bekämpfung.

- 11.6 Ausschussmitglied Grüttemeier, CDU, erkundigt sich, wer die Entfernung des Grünpfeils an der Ampelanlage K 6n/L238 aus welchem Grund angeordnet habe.

Hierzu teilt die Verwaltung in der Sitzung mit, dass die Anordnung auf einer Forderung der Polizei basiere und vom Ordnungsamt der Stadt veranlasst wurde.

Die genauen weiteren Umstände sichert Herr Pickhardt zur Niederschrift zu.

Nachträgliche Beantwortung:

“Grundsätzlich ist die Stadt anordnende Straßenverkehrsbehörde. Der ASVU hatte sich vorbehalten, bei wesentlichen Änderungen an LZA beteiligt zu werden. Dies ist versäumt worden. Die Anordnung wurde unmittelbar nach der Sitzung rückgängig gemacht; der grüne Pfeil hängt inzwischen wieder.

Die Sache ist damit ggf. noch nicht beendet (wird evt. von der Polizei weiterverfolgt). Der grüne Pfeil ist lt. Polizei so nicht konform mit den Verwaltungsvorschriften, und es ist immer wieder zu Beinaheunfällen gekommen.

- 11.7 Herr Konrads, CDU, bittet, den Parkstreifen vor dem Krankenhaus als Behindertenparkplätze auszuweisen. Hier sei diesbezüglicher Bedarf vorhanden.

Herr Pickhardt, FB 1, teilt mit, dass diese Plätze als Kurzzeitplätze ausgewiesen würden, da Behinderte direkt auf den Vorplatz des Krankenhauses fahren dürfen. Außerdem liege der Parkstreifen im Steilstück der Steinfeldstraße und sei aus diesem Grund als Behindertenparkplatz ungeeignet.

11.8 Der Vorsitzende, Herr Hansen, spricht den Pflegezustand rund um das Rathaus und den Kaiserplatz an. Dieses Areal habe er mit seinem Ausschussskollegen Kirch jüngst in Augenschein genommen. Beide mussten dabei feststellen, dass der Kaiserplatz nur im vorderen Teil gepflegt werde und im rückwärtigen Bereich zu wünschen übrig ließe. An dieser zentralen Stelle punkte die Stadt leider überhaupt nicht.

Beim Rasenschnitt hinter dem Rathaus regt er an, diesen auch aufzunehmen, was direkt zu einem anderen Erscheinungsbild führe. Außerdem fordert er einen Formschnitt der gesamten Heckenpflanzen vor und hinter dem Rathaus sowie auf dem Kaiserplatz. Diese Pflegemaßnahmen trügen optisch unmittelbar zur Attraktivitätssteigerung bei, was er im Sinne der Stolberger Bevölkerung und der auswärtigen Touristen begrüßen würde.

Herr Kistermann weist darauf hin, dass der gesamte Kaiserplatz incl. des Steinweges vor der Veranstaltung "Stolberg goes" gesäubert und die Beete entsprechend gepflegt wurden.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Ausschussvorsitzende, Herr Hansen, die Sitzung um 19.45 Uhr.

Josef Hansen
Vorsitzender

Edith Janus-Braun
Schriftführer

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1) Anwesenheitsliste Sitzung

Anlage 2) Auflistung Baugenehmigungen Mai 2012

ANWESENHEITSLISTE

Am Page 1)

zur Niederschrift über die Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**

Sitzungskennziffer: **XVI/ 28**

Tag der Sitzung: **Donnerstag, 21.06.2012**

Sitzung: **Stolberg, Ratssaal**

Dauer der Sitzung: *18.00h bis 19.45h*

Unterbrechungen: *keine*

lfd.Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
---------	------	----------------	--------------

SPD-Fraktion

1.) ~~Hansen, Josef (Vorsitzender)~~ ~~Kaußen, Paul Heinz~~

2.) ~~Bougé, Karl Josef (sk. B.)~~ Dogan, Gürhan (sk. B.)

3.) Engels, Rolf Nießen, Hildegard

4.) Jussen, Peter (1. stv. Vors.) ~~Steg, Hildegard~~

5.) Müller, Wolfgang (sk. B.) ~~Reitze, Jochem (sk. B.)~~

6.) van Emelen, Harry (sk. B.) ~~Wolf, Dieter~~

CDU-Fraktion

7.) Blau, Albert (sk. B.) ~~Schmitz, Wolfgang (sk. B.)~~

8.) Bonnie, Rainer (sk. B.) ~~Hillinger, Lutz (sk. B.)~~

9.) Creyels, Bernhard ~~Berghausen, Klaus~~

10.) ~~Hennig, Martin (sk. B.)~~ Grüttemeier, Gerd (sk. B.)

11.) Kirch, Paul (2. stv. Vors.) ~~Pietz, Siegfried~~

12.) Konrads, Adolf ~~Matheis, Kunibert~~

FDP-Fraktion

13.) ~~El-Deib, Khaled (sk. B.)~~ ~~Bins, Hubert (sk. B.)~~

Engelhardt, Bernhard

[Handwritten signatures and initials corresponding to the list entries, including names like Hansen, Dogan, Nießen, Steg, Reitze, Wolf, Schmitz, Hillinger, Berghausen, Grüttemeier, Pietz, Matheis, and Bins.]

Bündnis 90/Die Grünen

14.) Krings, Katharina Ingermann, Dr. Fr.-Josef

Krings

Fraktion Die LINKE

15.) Prußert, Mathias Jilk, Anita

Prußert

Sachkundige Einwohner: (nur beratend)

16.) Metzger, Josef ~~Flamm, Günter~~

Es fehlen (entschuldigt oder unentschuldigt):

1.) ~~Herr Metzger~~ 3.)

2.) 4.)

Teilnehmer der Verwaltung:

1.) ~~Handy~~ A 61 10.) R. Schmidt (EwV)

2.) ~~Fausli~~ A 61 11.)

3.) ~~Cooco~~ H 63 14 12.)

4.) ~~G. J.~~ A 63 13.)

5.) ~~Gunkwald~~ A 30/82 14.)

6.) ~~Braun~~ A 30/32 15.)

7.) ~~Düw~~ FB 1 / 61 16.)

8.) ~~A. P. R.~~ FB 1 17.)

9.) ~~IC~~ FB 2 18.)

JF-36 4/10